

Gegenstand: Haushalte 2017 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung - Beratung der Teilhaushalte

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist eingangs auf die ausgelegten Veränderungen im Ergebnishaushalt hin, die sich aus der Einarbeitung von Vorschlägen und Anregungen seit der Einbringung des Haushalts ergeben haben und eine Verbesserung von ca. 105.000 € ausmachen. Damit weist der Ergebnishaushalt einen Fehlbedarf von 10,126 Mio. € aus; der Finanzhaushalt schließt mit einem Fehlbedarf von rund 5,9 Mio. €. Damit verbunden ist jedoch eine Verringerung der Netto-Neuverschuldung

Die Jahresrechnung 2015 weist erfreulicherweise einen positiven Abschluss in Höhe von 1,228 Mio. € aus.

Frau Münch-Weinmann hat für Bündnis 90/Die Grünen einige grundsätzliche Anmerkungen zum Haushaltsentwurf. So stellt sie Differenzen zum Katalog der KEF-Maßnahmen aus der KEF-Arbeitsgruppe im Bereich Friedhofs- und Bestattungswesen fest; dies ist laut Verwaltung eine Darstellungsfrage in Bezug auf den reinen KEF-Vertrag und betrifft z.B. auch die Bereiche Vergnügungssteuer und Eingliederungshilfe.

Weitere Fragen betreffen das Programm Kommunale Investitionen 3.0, die Unterschiede in den Rechnungsergebnissen 2014 und 2015, die Entwicklung der Personalkosten und die Formulierung von Produktzielen, z.B. im Bereich "Tourismus für alle", Bearbeitungszeiten von Einbürgerungen, Stadtentwicklung - CO₂-Bilanz und Bearbeitungszeiten von Bauanträgen. Hinsichtlich der Anzahl von Einbürgerungsfällen sagt Frau Beigeordnete Seiler eine Ergänzung im Protokoll zu.*

Bezüglich der S-Bahn-Haltestelle Süd und der Rettungswache findet Frau Münch-Weinmann keine Ansätze im Haushaltsplan. Diese werden bei Bedarf in einen projektbezogenen Nachtrag gefasst, um keine Mittelvorträge schieben zu müssen.

Abschließend erinnert Frau Münch-Weinmann daran, dass die Arbeitsgruppe Frauenhaus eine Verbesserung der räumlichen Situation für dringend erforderlich hält.

Für die CDU dankt Herr Rottmann zunächst für die Aufarbeitung der Rechnungsergebnisse bis 2015, was die Arbeit erheblich erleichtert. Auch der Bereich Produktkennzahlen/-ziele befindet sich in einem „working process“ und wird immer besser. Er geht davon aus, dass künftig immer mehr Fokussierung auf Ziele und weniger auf einzelne Zahlen erfolgt. Er weist auf für ihn vorhandene Unzulänglichkeiten in den Feldern Messen und Märkte, Baubetriebshof (Baggerarbeiten, Hochwasserschutz) und Schulen sowie auf Zielkonflikte (z.B. Stadtgrün: Mähintervalle erhöhen – Antrag „eh-da-Flächen“) hin.

Der Flyer mit den Haushaltskurzdaten muss aus seiner Sicht an die Bevölkerung verteilt werden. Der Vorsitzende erwidert, dass der Druck erst erfolgt, wenn der Ratsbeschluss steht. Während aus Sicht von Herrn Rottmann dort nur die pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte gelistet werden sollte, will der Vorsitzende auch den Landesdurchschnitt aller Kommunen abgebildet haben.

Die aktuellen Ergebniszahlen stimmen Herrn Rottmann für 2016 hoffnungsvoll. Gleichzeitig kritisiert er scharf, dass das Land erfolgreiches Wirtschaften der Kommunen mit Kürzung bei den Landeszuweisungen bestraft.

Er legt eine Liste mit konkreten Einsparungsvorschlägen vor, die für die Allgemeinheit projiziert und einzeln abgearbeitet wird. Konkrete Kürzungsvorschläge sollten laut Vorsitzendem heute in den Haushalt übernommen werden, um in der kommenden Sitzung beschlossen zu werden. Herr Feiniler kritisiert in diesem Zusammenhang, dass der Tagesordnungspunkt auf "Beratung des Haushaltes" lautet und keine Beschlussfassung vorgesehen ist; dies wäre noch nie so gehandhabt worden.

Die Vorschläge betreffen u.a. die Beiträge zu Zweckverbänden, den Asylbereich, die Kalkulation von Fortbildungskosten, Aufwendungen für EDV-Hardware, Sachverständigengutachten, Kommunikationskosten und Öffentlichkeitsarbeit. Seitens der Verwaltung wird an den Ansätzen im Wesentlichen festgehalten. Die Liste wird dem Protokoll beigelegt.

Für Feuerwache / Rettungswache hält Herr Rottmann einen Ansatz von je 250.000 € als politisches Signal für sinnvoll. Dies wird aus Sicht des Vorsitzenden einen Nachtragshaushalt im Falle einer Entscheidung 2017 nicht ersetzen; sofern jedoch Konsens besteht, würden entsprechende Posten aufgenommen.

Herr Brandenburger erkundigt sich für die SPD zu den Fundstellen für die Kosten zu „Tourismus für alle“; diese werden noch an die Ratsmitglieder weitergegeben. **

Weitere Anmerkungen betreffen die Prioritätenliste für Straßenbaumaßnahmen und den Erwerb von Grünflächen (Burgstraße) sowie Differenzen zwischen der KEF-Runde und dem Haushaltsplan bei den Investitionen.

Die SPD schlägt eine Erhöhung der Vergnügungssteuer von 18 auf 20 % vor; dabei ist aus Sicht des Vorsitzenden die gerichtliche Schmerzgrenze unbedingt zu beachten. Außerdem will die SPD-Fraktion die überschlägige Rechnung einer Zweitwohnungssteuer im Haupt- und Stiftungsausschuss beraten haben. Aus Sicht der Verwaltung erscheint der Aufwand im Vergleich zum zu erwartenden Ertrag zu hoch.

Zusätzlich plädiert die SPD für eine Erhöhung der Start- und Landegebühren sowie der Nutzungsentgelte auf dem Verkehrslandeplatz und eine Erhöhung der Gebühren für Waffenbesitzer im Rahmen der Gebührenordnung. Zudem sollte über die einmalige Entrichtung einer Schankerlaubnissteuer bei Einrichtung oder Wechsel einer Gaststätte nachgedacht werden.

Die Online-Veröffentlichung aller ADD-Antwortschreiben wird positiv bewertet. Aus Sicht der SPD sollte die Haushalts-CD nicht mehr produziert und stattdessen der Haushalt im Bürger- bzw. Ratsinfosystem online gestellt werden.

Für den Armuts- und Reichtums-Bericht soll der alternative Software-Einsatz von PSPP (Open Source) statt SPSS geprüft werden. All diese Anregungen sollen aber erst für den nächsten Haupt- und Stiftungsausschuss bzw. den Haushalt 2017 vorgesehen werden, um die Verwaltung zum Jahresende nicht unmäßig zu belasten. Bis dahin liegen laut Vorsitzendem auch die Ist-Zahlen 2016 vor.

Abschließend erkundigt sich Herr Feiniler nach den 85.000 € bei Produkt 54770. Diese sind nicht für einen Grundstückskauf zum S-Bahn-Halt vorgesehen, sondern der städtische Anteil an den Planungskosten des Planfeststellungsverfahrens.

Die SPD fragt auch nach Überlegungen für die Einführung einer Pferdesteuer und tut sich schwer mit der Erhöhung Grundsteuer A/B, weil diese zwangsläufig auf die Mieten im Stadtgebiet durchschlagen werden.

Frau Selg bezeichnet einen Rechnungsabschluss 2016 schon im April 2017 als bemerkenswerte Leistung. Allerdings kritisiert die SWG auch, dass der Haushalt 2017 wieder zu Lasten der kommenden Generationen gehen wird. Liquiditätskredite stellen eine ständige Kontoüberziehung dar und kosten 2017 rechnerisch jeden Tag 21.000 € Zinsen.

Sie begrüßt grundsätzlich die Vorschläge von Herrn Rottmann, etwas Luft aus den Ansätzen herauszulassen. Dies bringt jedoch effektiv nicht viel, wenn man sich nicht generell anders aufstellt und sich zu Einschnitten durchringt, die allen wehtun.

Sie erkundigt sich nach den Auswirkungen der Übernahme der GEWO-Kredite für das Quartier Kaserne Normand. Laut Verwaltung stellt dies keine finanzielle Veränderung dar, da der Ausgleich vorher an den Treuhänder erfolgte. Für 2017 sind aktuell keine Steigerungen bei den Liquiditätskrediten zu erwarten. Sie befinden sich gegenwärtig in einer stabilen Lage, die Anstiege früherer Jahre konnten gestoppt werden.

Weitere Erläuterungsfragen betreffen Umschichtungen im Haushalt (Kultur und Touristinfo zu Büro OB), Ansätze für Grundstückserwerbe, Mindereinnahmen im Vollstreckungsbereich infolge verbesserter Zahlungsmoral und das Splitting des kommunalen Eigenanteils im Förderprojekt „Tourismus für alle“ mit dem Rhein-Pfalz-Kreis.

Hinsichtlich der Ausgaben im Schulbereich regt Frau Selg den Versuch an, den Gordischen Knoten zu zerschlagen. Sie beantragt, mit dem Rhein-Pfalz-Kreis über die faire Verteilung der Lasten zwischen den Schulträgern (Einwohner/Gymnasien) zu verhandeln.

Der Vorsitzende verweist auf eine ganze Reihe bestehender Bemühungen, dieses Problemfeld neu zu strukturieren:

1. Innerhalb der kommunalen Spitzenverbände besteht keine freiwillige Bereitschaft der Kreise zu einer angemessenen Kostenbeteiligung im Rahmen der bestehenden Gesetzeslage.
2. Gespräche mit den Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler nur im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten aufzunehmen; der Wunsch des Schulträgers ist für diese jedoch nicht bindend.
3. Bemühungen über den Städtetag an die Landesregierung, die Schülerbeförderung durch die Herkunftsgemeinden zu bezahlen, wie z.B. in Baden-Württemberg.
4. Forderung, beim Länderfinanzausgleich die Kommunen nicht zu vergessen.
5. Im Rahmen der Verwaltungs-/Kommunalreform die Schulträgeraufgaben neu zu verhandeln.

Er wirft die Frage auf, mit wem also noch gesprochen werden soll.

Hinsichtlich sinkender Zinserträge durch die ausbleibende Dividendenausschüttung der Sparkasse verweist der Vorsitzende darauf, dass die Bankenaufsicht die Auszahlung einer Dividende in 2017 wegen Basel III verweigert hat, um Eigenkapitaldecke und Kreditsicherung zu verbessern. Dies entspricht der allgemeinen Entwicklung auf dem Bankensektor.

[* Protokollnotiz 1:

Entwicklung der Einbürgerungsfälle in Speyer

2011	=	112
2012	=	115
2013	=	104
2014	=	99
2015	=	117
2016	=	138

** Protokollnotiz 2:

Projekt „Tourismus für alle“

Alle Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt „Tourismus für alle“ sind in Produkt 57500 zusammengefasst und in den Erläuterungen zu diesem Produkt auf Seite 222 des Haupthaushaltes 2017 absummiert.

Die Zahlen dort beziehen sich auf das Haushaltsjahr 2017.]

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift der Tagesordnungspunkte Nr. 2 - 5

- Gegenstand: Gesunde-Städte-Netzwerk;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 08.09.2013
Vorlage: 1150/2013**
- Gegenstand: "Bündnis für biologische Vielfalt";
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2016
Vorlage: 1954/2016**
- Gegenstand: Bündnis "Vermögenssteuer jetzt";
Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 24.08.2016
Vorlage: 1971/2016**
- Gegenstand: Initiative "Mayors for Peace";
Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 24.08.2016
Vorlage: 1972/2016**

Die Punkte werden vertagt in die Februarsitzung 2017.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

**Gegenstand: Grüne Welle für Radfahrer;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 01.11.2016
Vorlage: 2063/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der mündlichen Begründung führt Herr Dr. Moser aus, dass der Wunsch nach Prüfung einer solchen Option aus dem Arbeitskreis Fahrradstadt der CDU erwachsen ist.

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wird der Antrag in die Arbeiten zum Fahrradkonzept der Stadt Speyer aufgenommen und dort auf Machbarkeit geprüft.

**Gegenstand: Breitbandversorgung in Speyer;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 13.11.2016
Vorlage: 2070/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Dr. Moser. Der Marktführer gewährleistet durch sog. Vektoring derzeit nur 50 MBit im Durchschnitt. Schnelles Internet erlaubt aber bis zu 1 GBit Datendurchsatz. In Speyer sind bereits 90 km Leer- oder Glasfaserkabel durch die Stadtwerke (SWS) verlegt. Die SWS erweitern diese Kapazität bei jeder Tiefbaumaßnahme. Es würde sich das sog. schwedische Modell anbieten: Netzbetreiber = Kommune - technischer Betreiber = Internetprovider, der das Netz von der Kommune mietet.

Aus Sicht des Vorsitzenden besteht in Deutschland kein öffentliches Netzmonopol wie in Schweden. Das deutsche Telekommunikationsgesetz erlaubt jedem Betreiber eigene Aufgrabungen; daher scheint das schwedische Modell nicht 1:1 umsetzbar.

Herr Czerny möchte wissen, warum bereits vorhandene Glasfaserkabel nicht genutzt werden, wie lange diese schon liegen und wer dann Vertragspartner wäre. Nach Auskunft von Herrn Bühring (GF SWS) werden seit 10 Jahren Kabel mitverlegt, weil die Infrastrukturmaßnahmen rund 70 % der Kosten der Netzbetreiber ausmachen; bei bestehenden Aufgrabungen mitverlegen ist relativ günstig. Unter den jetzigen rechtlichen Rahmenbedingungen ist ein vollständiger Netzausbau aber nicht wirtschaftlich realisierbar, weil keine rechtliche Sicherheit vorhanden ist. Wie Herr Dr. Moser ist er der Meinung, dass der Wettbewerb auf der Plattform stattfinden sollte und nicht in der Erde. Bei Neubaumaßnahmen findet ein Anschluss bis zum Hausanschluss mit Glasfaser statt, wenn dies gewünscht wird.

Die SWG-Fraktion zeigt sich durch Frau Dr. Mang sehr erfreut über den Antrag. Schnelles Internet sei auch ein Faktor für die Wirtschaftsförderung. Die Plattformlösung bietet eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit für kleinere Internetanbieter.

Frau Münch-Weinmann möchte wissen, inwieweit so etwas rechtlich überhaupt möglich ist. Laut Vorsitzendem handelt es sich um einen Antrag zur Prüfung, wie man die rechtlichen Anforderungen erfüllen kann. Keine Kommune in Deutschland hat dies derzeit realisiert. Auch auf regionaler MRN-Ebene wäre man an einer solchen Lösung interessiert.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung soll prüfen, ob das „Schwedische Modell der Breitbandversorgung“ in Speyer zur Anwendung gebracht werden kann. Dazu sollen Unternehmen gesucht werden, die auf dem Glasfasernetz den Speyerer Bürgern ein Breitbandnetz-Angebot machen.
2. Darüber hinaus sollen bei weiteren Tiefbaumaßnahmen weitere Glasfaserkabel verlegt werden.
3. Schließlich soll geprüft werden, ob eines der Neubaugebiete, z.B. das Erlus-Gelände oder das Gelände am Priesterseminar, als Pilotgelände genutzt werden kann.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2015
1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten
Vorlage: 2024/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Manfred Mussotter übernimmt für die Tagesordnungspunkte 8 bis 11 als ältestes Ratsmitglied die Sitzungsleitung nach § 36 Abs. 1 Satz 2 GemO, da der anwesende Stadtvorstand in den Punkten befangen ist. Er ruft den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zur Abgabe seines Berichtes auf.

Herr Wagner eröffnet seinen Vortrag mit dem Zitat: "Es ist vollbracht". Die Aufarbeitung der Rückstände der Jahresabschlüsse seit Einführung der Doppik 2009 wurde erreicht.

Der Ausschuss stellte fest, dass sich die Rechnungsabschlüsse von Jahr zu Jahr verbessern. In 2015 gab es nur noch 13 Beanstandungen, während es im Vorjahr noch 24 waren. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 09.11.2016 empfohlen, die Ergebnisse festzustellen und Entlastung zu erteilen.

Bei den Stiftungen gab es keine Beanstandungen. Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die angenehme Atmosphäre bei der Arbeit im Ausschuss und die hervorragende Arbeit von Verwaltung und Rechnungsprüfungsamt. Andere, vergleichbare Städte sind bei Weitem noch nicht auf dem Stand und haben z.T. noch nicht einmal mit der Aufarbeitung der Jahresabschlüsse angefangen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat zum Jahresabschluss 2015 der Stadt Speyer einstimmig folgende Beschlüsse:

1) Feststellung des Jahresabschlusses

Der geprüfte Jahresabschluss 2015 mit allen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 1.228.151,36 €

Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung: 11.499.913,43 €

Schlussbilanz (auf 1.000 € gerundet):

A K T I V A				P A S S I V A			
		31.12.2015	31.12.2014			31.12.2015	31.12.2014
		Tausend EURO				Tausend EURO	
1	Anlagevermögen	382.786	386.481	1	Eigenkapital	48.472	47.244
2	Umlaufvermögen	28.568	24.328	2	Sonderposten	110.932	111.598
3	Ausgleichsposten für latente Steuern	0	0	3	Rückstellungen	45.055	45.465
4	Rechnungsabgrenzungsposten	1.134	1.119	4	Verbindlichkeiten	207.757	207.521
5	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	5	Rechnungsabgrenzungsposten	272	100
	Summe Aktiva	412.488	411.928		Summe Passiva	412.488	411.928

2) Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2015 der Stadt Speyer wird

- dem Oberbürgermeister Herrn Hansjörg Eger,
- der Bürgermeisterin Frau Monika Kabs sowie
- den Beigeordneten
 - Herrn Frank Scheid (bis 31.08.2015) und
 - Frau Stefanie Seiler (ab 01.09.2015)

Entlastung erteilt.

Herr Oberbürgermeister Eger, Frau Bürgermeisterin Kabs und Frau Beigeordnete Seiler haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Bürgerhospitalstiftung
1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Entlastung des Stiftungsvorstandes
Vorlage: 2025/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Wortprotokoll siehe TOP 8.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO zum Jahresabschluss 2015 der Bürgerhospitalstiftung einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der geprüfte Jahresabschluss der Bürgerhospitalstiftung zum 31.12.2015 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 519.720,85 €
 (Der Jahresüberschuss wird dem Eigenkapital zugeführt.)

Finanzmittelfehlbetrag der Finanzrechnung: - 4.364.947,52 €
 (Der Finanzmittelfehlbetrag ist aufgrund eines der Stadt Speyer gewährten Investitionsdarlehens von 4.868.240 € entstanden. Er wurde durch die Inanspruchnahme vorhandener Kapitalbestände aus Bankguthaben und der Einheitskasse vollständig gedeckt.)

Schlussbilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2015	31.12.2014		31.12.2015	31.12.2014
	€			€	
Anlagevermögen	38.143.084,64	34.060.413,10	Eigenkapital	30.547.898,02	30.598.177,17
Umlaufvermögen	3.555.584,24	9.094.582,12	Sonderposten	3.923.248,80	4.150.777,00
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	7.227.522,06	8.406.041,05
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	41.698.668,88	43.154.995,22	Summe Passiva	41.698.668,88	43.154.995,22

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bürgerhospitalstiftung im Haushaltsjahr 2015 wird dem Stiftungsvorstand mit

- Herrn Oberbürgermeister Hansjörg Eger,

- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs,
- den Beigeordneten
 - Herrn Frank Scheid (bis 31.08.2015) und
 - Frau Stefanie Seiler (ab 01.09.2015) sowie
- dem damaligen Leiter der Abteilung Finanzen, Herrn Peter Pfadt,

Entlastung erteilt.

Herr Oberbürgermeister Eger, Frau Bürgermeisterin Kabs und Frau Beigeordnete Seiler haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Waisenhausstiftung
1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Entlastung des Stiftungsvorstandes
Vorlage: 2026/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Wortprotokoll siehe TOP 8.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO zum Jahresabschluss 2015 der Waisenhausstiftung einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der geprüfte Jahresabschluss der Waisenhausstiftung zum 31.12.2015 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 17.269,18 €
 (Der Jahresüberschuss wird dem Eigenkapital zugeführt.)

Finanzmittelfehlbetrag der Finanzrechnung: - 1.040.480,38 €
 (Der Finanzmittelfehlbetrag ist aufgrund eines der Stadt Speyer gewährten Investitionsdarlehens von 1.537.490 € entstanden. Er wurde durch die Inanspruchnahme vorhandener Bankguthaben in gleicher Höhe vollständig gedeckt.)

Schlussbilanz:

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2015	31.12.2014		31.12.2015	31.12.2014
	€			€	
Anlagevermögen	10.861.045,91	9.634.326,21	Eigenkapital	14.522.650,41	14.498.159,81
Umlaufvermögen	4.067.213,32	5.437.135,86	Sonderposten	5.542,00	6.070,00
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	400.066,82	567.232,26
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	14.928.259,23	15.071.462,07	Summe Passiva	14.928.259,23	15.071.462,07

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Waisenhausstiftung im Haushaltsjahr 2015 wird dem Stiftungsvorstand mit

- Herrn Oberbürgermeister Hansjörg Eger,

- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs sowie
 - dem damaligen Leiter der Abteilung Finanzen, Herrn Peter Pfadt,
- Entlastung erteilt.

Herr Oberbürgermeister Eger und Frau Bürgermeisterin Kabs haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der Kolbstiftung
1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Entlastung des Stiftungsvorstandes
Vorlage: 2027/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Wortprotokoll siehe TOP 8.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat zum Jahresabschluss 2015 der Kolbstiftung einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der geprüfte Jahresabschluss der Kolbstiftung zum 31.12.2015 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 2.114,86 €
(Der Jahresüberschuss wird dem Eigenkapital zugeführt.)

Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung: 11.969,72 €

Schlussbilanz:

	AKTIVA			PASSIVA	
	31.12.2015	31.12.2014		31.12.2015	31.12.2014
	€			€	
Anlagevermögen	194.440,44	201.710,77	Eigenkapital	573.567,54	571.452,68
Umlaufvermögen	381.551,22	369.741,91	Sonderposten	0,00	0,00
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	2.424,12	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	575.991,66	571.452,68	Summe Passiva	575.991,66	571.452,68

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Kolbstiftung im Haushaltsjahr 2015 wird dem Stiftungsvorstand, Herrn Oberbürgermeister Hansjörg Eger, Entlastung erteilt.

Herr Oberbürgermeister Eger hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Errichtung eines beruflichen Gymnasiums Fachrichtung Wirtschaft an der Johann-Joachim-Becher-Schule zum Schuljahr 2018/2019
Vorlage: 2046/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen findet den Antrag laut Frau Münch-Weinmann grundsätzlich gut, auch hinsichtlich der Diskussionen bezüglich der Inklusion. Sie möchte wissen, wie die Stadt selbst die Chancen für die erneute Antragstellung einschätzt. Aus Sicht der Verwaltung ergeben sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen gute Chancen.

Dessen ungeachtet möchte Herr Czerny Kritik anbringen. Nach seiner Auffassung hätte sich der Stadtvorstand schon vor Jahren Gedanken über wirkliche Alternativen zu einem Wirtschaftsgymnasium machen können. Als Beispiel nennt er das Technikgymnasium. Im Sektor Nachrichtentechnik beispielsweise gibt es nur eine Schule in ganz Rheinland-Pfalz.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig (bei 1 Enthaltung: Czerny – B90/Grüne):

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Landesregierung die Errichtung eines beruflichen Gymnasiums Fachrichtung Wirtschaft zu beantragen.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

**Gegenstand: Satzung über Gestaltung und Ablösebeträge von Spielplätzen
(Spielplatzsatzung)
Vorlage: 2047/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die von der Verwaltung vorgelegte Spielplatzsatzung.

Gegenstand: Satzung über die Gestaltung von unbebauten Teilflächen bebauter Grundstücke sowie die Begrünung baulicher Anlagen (Begrünungssatzung)
Vorlage: 2048/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass parallel zur Begrünungssatzung (Baurecht) im Umweltausschuss ein Pendant für Freiflächen (z.B. eh-da-Flächen) in Vorbereitung ist. Laut Frau Beigeordneter Seiler ist diese seit längerem im Gespräch, auch wegen des wilden Parkens auf Grünflächen. Arbeitsbedingt wird diese Grünflächensatzung vermutlich in der ersten Umweltausschusssitzung 2017 als Grundgerüst für ein vernetztes Grünflächenkonzept vorgestellt. Beide Satzungen werden laut Vorsitzendem 2018 wohl auch Auswirkungen auf die Personalstruktur haben.

Herr Hinderberger fragt, ob die Forderung aus dem BPA nach Vermeidung der Umgestaltung der Vorgärten in Parkflächen unter Inanspruchnahme von öffentlichem Parkraum verloren gegangen ist. Laut Vorsitzendem ist dies rechtlich in den Bebauungsplänen und den Baugenehmigungen anzusiedeln und kann nicht über diese Satzung geregelt werden.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die von der Verwaltung vorgelegte Begrünungssatzung.

Gegenstand: Grundwassersituation in Speyer-Süd
Vorlage: 2064/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Beigeordnete Seiler erinnert an die Druckwassersituationen 2013 und 2016. Die Informationsvorlage fasst das Ergebnis eines erstellten und mit der SGD Süd abgestimmten Gutachtens zusammen. Eine vollständige Trockenlegung wird mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht erreicht, es handelt sich aber um eine Optimierung der Lage in den betroffenen Gebieten. Die weitere Beratung erfolgt im Bauausschuss und im Umweltausschuss.

Herr Emes übt Kritik daran, dass die Entwässerungsgräben teilweise jahrzehntlang nicht gepflegt wurden und daher ihre Funktion nicht mehr erfüllen konnten. Die Überstauungen und Vernässungen betreffen laut Gutachten hauptsächlich die Kleingartenanlagen und den Bereich Tafelsbrunnen. Wenn die Trinkwasserförderung durch Flachbrunnen in den kommenden Jahren eingestellt wird, erwartet er eine weitere Verschlechterung der Situation. Auch in einigen Wohnbereichen treten bereits Vernässungsprobleme auf, mit den entsprechenden Folgen für die Gebäudesubstanz. Die CDU-Fraktion bittet darum, die Entwässerungsgräben wieder instand zu setzen und die Funktion auf Dauer zu gewährleisten.

Auch Herr Hinderberger kritisiert, dass die Verwaltung in den vergangenen Jahren die Grabenpflege vernachlässigt hat.

Frau Seiler sieht die Notwendigkeit umfangreicher Planungen innerhalb des gesamten Stadtgebietes, die auch übergreifend in der Metropolregion abgestimmt werden müssen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Hoch- und Druckwasserschutz in überregionaler Zusammenarbeit erfolgen muss, sonst funktioniert das ganze System nicht. Eine Optimierung der Gräben in Speyer ist nutzlos, wenn sie auf Römerberger Gemarkung im Nichts enden. Zunächst werden sich Umwelt- sowie Bau- und Planungsausschuss mit der Thematik näher beschäftigen.

Der Stadtrat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Umbesetzungen in den Ausschüssen und Untergremien werden von den Fraktionen nicht vorgeschlagen.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO;
Vorlage: 2051/2016**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19.1

Gegenstand: Verkauf eines Gewerbegrundstückes in der Nachtweide von ca. 1035 m² aus dem städtischen Grundstück Pl.Nr. 4780/1,

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen: Fraktion Die Linke, Dr. Mohler – FWS, Schütt – B 90/Grüne) und 5 Enthaltungen (Fraktion B 90/Grüne):

Dem Verkauf einer Teilfläche von ca. 1035 m² aus dem städtischen Gewerbegrundstück Pl. Nr. 4780/1 – Nachtweide wird zugestimmt.

Das Grundstück ist rein gewerblich zu nutzen.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19.2

Gegenstand: Verkauf eines Gewerbegrundstückes in der Nachtweide von ca. 1517 m² aus dem Grundstück Pl.Nr. 4780/1

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: Fraktion Die Linke, Schütt – B 90/Grüne) und 5 Enthaltungen (Fraktion B 90/Grüne):

Dem Verkauf einer Teilfläche von ca. 1517 m² aus dem städtischen Gewerbegrundstück Pl. Nr. 4780/1 – Nachtweide wird zugestimmt.

Das Grundstück soll rein gewerblich genutzt werden. 500 m² der Grundstücksfläche kann für betriebsbezogene wohnwirtschaftliche Zwecke genutzt werden, wobei nur eine untergeordnete Wohneinheit errichtet werden darf. Es gelten die Festsetzungen des Bebauungsplanes.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20.1

Gegenstand: Investiver Finanzhaushalt 2016; außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 11430.0715000-9200 – Sonderfahrzeuge- (Baubetriebshof)

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 99.500 € nach § 100 Abs. 1 GemO im investiven Finanzhaushalt 2016 bei HHSt. 11430.0715000-9200 – Sonderfahrzeuge – (Baubetriebshof).

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 21

Gegenstand: Verschiedenes

Unter Verschiedenes liegen keine Beiträge vor.

25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016



25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 24.11.2016 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!